Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 60 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ¼10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 222. | Dresden, Sonnabend den 24. September 1910. | 21. Jahrg.

An die Parteigenossen Sachsens!

Die vom 4. bis 6. September 1910 in Leipzig tagende Landesversammlung hat beschlossen, daß das

Zentralkomitee für Sachsen

auch für das laufende Jahr seinen Sitz in **Dresden** haben soll.

Die Dresdner Parteigenossen haben demzufolge in ihren Parteiversammlungen die Genossen

Ernst Schulze
Cossebaude bei Dresden

Ernst Braune
Radeberg-Dresden, Bismarckstraße 4

Karl Eindermann
Dresden-A., Zwingerstraße 14

als Sozialdemokratisches Zentralkomitee für Sachsen wiedergewählt.

Parteigenossen! Außer den laufenden Parteigeschäften, die mit der Größe der Partei wachsen und auch in diesem Jahre schon in Anbetracht der nahen Reichstagswahlbewegung nicht gering sein werden, hat das Zentralkomitee wichtige Aufgaben der Organisation und Agitation zu erfüllen. Es hat weiter die Beschlüsse der Landesversammlung zur Ausführung zu bringen, wobei wir ganz besonders auf die Agitation für die Schulreform verweisen.

Um diese zum Vorteil unserer Bewegung zu gestalten, bedürfen wir aber der regen Unterstützung der Genossen in den einzelnen Wahlkreisen. Wir erwarten, daß sie uns immer zuteil wird!

Die Vereinsvorsitzenden erinnern wir an den Beschluß der Landesversammlung, ihre **Adressen dem Zentralkomitee einzusenden**, und bitten um **sofortige Mitteilung, weil in nächster Zeit wieder das Adressenverzeichnis** der Organisationsleiter bekanntgegeben wird.

Wir ersuchen im übrigen die **Parteigenossen, sich in allen Angelegenheiten der allgemeinen Agitation und Organisation, der Gewerkschaftsbewegung**, sowie in allen **Kämpfen mit den Behörden usw. sofort an das Zentralkomitee zu wenden.**

Die Debatten in Leipzig haben gezeigt, daß es notwendig ist, sofort alle behördlichen Maßnahmen in bezug auf das neue Vereinsgesetz dem Zentralkomitee zu **melden.**

Zuschriften und sonstige **Sendungen bezüglich der Organisation**, Agitation und Presse sind zu richten an

Ernst Schulze, Cossebaude bei Dresden, Talstraße 80

Geldsendungen sind dagegen nur an den Kassierer

Ernst Braune, Radeberg i. S., Bismarckstraße 4

zu richten.

Dresden, den 20. September 1910.

Das Zentralkomitee.

Vom Parteitage.

Magdeburg, 23. September.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung wurden die Verhandlungen über den parlamentarischen Bericht der Reichstagsfraktion fortgesetzt. Auf den Plätzen der Delegierten sind einige inzwischen eingebrachte Anträge verteilt worden. Der eine tritt dafür ein, daß angesichts des Wahlrechtskampfes in Preußen der politische Massenstreik weiter erörtert und propagiert, „nötigenfalls" auch angewendet werde. Der Antrag ist von etwa 70 Delegierten unterzeichnet. Ein anderer, von den weiblichen Delegierten eingebrachter, wünscht wegen der lebensmittelverteuernden Steuern und des Zollwuchers eine besonders lebhafte Agitation unter den Frauen, der dritte ruft den Leipziger Parteitagsbeschluß über den Schnapsboykott „auf das dringendste" in Erinnerung.

Die Zuhörerräume sind auch heute, am Freitag, wieder sehr stark besetzt. Mit großem Interesse folgt man dort den Verhandlungen. Knapp zwei Stunden geht die Debatte über den parlamentarischen Bericht noch weiter. Auch einige Genossinnen beteiligen sich daran. Genosse Liebknecht protestiert mit wuchtigen Ausführungen gegen das russische Regiment in Finnland, und kennzeichnet die Tatsache, daß die Anwesenheit des russischen Herrschers in Deutschland keinerlei Widerspruch im deutschen Bürgertum fand. Donnernder, demonstrativer Beifall begleitete diese Ausführungen, die den überaus fleißig auf seinem Sitz herum, und begab sich auch einigemal zum Vorsitzenden des Parteitags.

Nachdem der Punkt schließlich erledigt war, erhielt der Genosse Borgmann-Berlin das Wort zu seinem Referat über die Wahlrechtsfrage in Preußen. Es gipfelte in einer temperamentvollen Aufforderung zu neuen verschärften Wahlrechtskämpfen; nicht nur in Preußen, sondern überall, wo es nötig ist. Auch an die sächsischen Genossen richtete er diesen Appell; sie dürften sich nicht mit den Mandatserfolgen etwa zufrieden geben, sondern die Hauptsache wäre, gegen das neugeschaffene Pluralwahlrecht den schärfsten, unablässigen Kampf zu führen. Der Referent befindet sich mit dieser Aufforderung durchaus in Uebereinstimmung mit den sächsischen Genossen und Abgeordneten. Im weiteren erörtert er ausführlich die Situation, wie sie zurzeit besonders in Preußen sich gestaltet hat. Mit großem Beifall nahm der Parteitag speziell die Versicherung des Referenten entgegen, daß die preußische Sozialdemokratie die Massen mit allem Nachdruck in den Kampf führen werde, sobald es nötig werde. Er schloß nach reichlich 1½ Stunden mit der Unterstützung der Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts.

Vor Eintritt in die Debatte gab der Genosse Müller-München im Namen der bayrischen Delegierten des Parteitags eine längere Sympathie-Erklärung für die preußischen Wahlrechtskämpfer ab, die sehr aufmerksam angehört und am Schlusse mit starkem Beifall aufgenommen wurde, da der Redner den Kampf Schulter an Schulter betonte. Gleiche demonstrative Erklärungen wurden für andere Landesorganisationen abgegeben. Die Gegner unserer Partei, die sich schon Hoffnungen der bekannten Art von neuem machten, werden beim Lesen dieser unzweideutigen Erklärungen recht lange Gesichter machen.

Im allgemeinen ist die Solidarität der gesamten deutschen Sozialdemokratie ja ganz selbstverständlich, — auch ohne derartige Erklärungen. In Anbetracht der Situation in der Partei waren sie aber wohl angebracht, speziell so weit sie aus Süddeutschland kamen.

In der Nachmittagssitzung begründete Genossin Luxemburg zunächst den bereits oben erwähnten Antrag über eventuelle Anwendung bezw. Erörterung des politischen Massenstreiks unter starkem Beifall. Nach ihr gab Limpertz-Essen eine von militärischer Seite stammende Instruktion gegen Aktionen des „inneren Feindes" zum besten, die Aufsehen, Hohn und Heiterkeit zugleich erregte. Die Debatte geht ohne besondere Ergebnisse ruhig weiter. Ernst-Berlin ersucht um Ablehnung der Resolution Luxemburg und Genossen, weil sie überflüssig sei. Mitten in der Diskussion wird eine inzwischen eingegangene von einer Anzahl in Gewerkschaften tätigen Genossen unterzeichnete Erklärung verlesen, die gegen die Einbringung der fraglichen Resolution protestiert. Darum (um die Resolution) dreht sich in der Folge dann wesentlich die Debatte für und gegen, obwohl meistens die sachliche Uebereinstimmung über den Sinn des Resolution betont wird. Die zutagetretenden Differenzen in der Sache sind mehr die von Nuancen, trotz aller Schärfe des Ausdrucks. Der Redefluß scheint unerschöpflich. Abends um 6 Uhr sind noch 18 Redner eingezeichnet! Außer Abstimmungen, Erklärungen, Berichtigungen, persönlichen Bemerkungen usw., mit denen man nachgerade rechnet als mit etwas Selbstverständlichem. Auch das Schlußwort nimmt noch Zeit in Anspruch. Der Parteitag steht also am Schluß des vorletzten Verhandlungstages, — und noch sind zwei wichtige Referate: Genossenschaftswesen und Reichsversicherungsordnung unerledigt. Das erstgenannte Referat sollte heute abend noch gehalten werden. Da aber keine Lust für eine Abendsitzung vorhanden zu sein scheint, dürfte daraus kaum etwas werden.

— — — — — — — — — — — —

Der Redestrom wird durch einen nicht ganz ungewöhnlichen Eingriff zum Stillstand gebracht. Die Mitteilung, daß noch so viele Redner gemeldet waren, hatte gewirkt. Nachdem noch zwei gesprochen, wurde ein Schlußantrag gestellt und mit großer Mehrheit angenommen. Der Worte waren genug gewechselt, so meinten wohl die Delegierten fast alle. Der Referent machte es gnädig mit dem Schlußwort; er sprach nur einige Minuten. Dann folgte nur eine Berichtigung. Zu der strittigen Resolution erklärt Genossin Zetkin, daß der zweite Teil zurückgezogen wird. Dann folgen die Abstimmungen.

In vorgerückter Stunde kam dann noch Genosse Fleißner zum Wort zu seinem Vortrage über das Genossenschaftswesen. Er sprach reichlich 1½ Stunde unter lebhaftem Beifall. Die Aufgabe, am Schluß einer langen Sitzung noch über die festgelegte Tagungszeit hinaus ein Referat zu halten, war freilich nicht gerade angenehm. Morgen früh wird über den Punkt debattiert.

• • •

Maschinengewehre gegen das eigene Volk.

In der gestrigen Sitzung des Magdeburger Parteitages machte Genosse Limbertz (Essen) Mitteilung über ein ihm in die Hände gefallenes, von dem abgesägten früheren kommandierenden General des 7. Armeekorps v. Bissing unterzeichnetes Zirkular, das bestimmt, welche Maßregeln das Militär im Fall öffentlicher Unruhen und Straßenkämpfe zu ergreifen hat. Unsere Leser finden das hochinteressante Dokument im Parteitagsbericht der heutigen Nummer abgedruckt. Das Schriftstück charakterisiert treffend den Geist unserer Regierung und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse. Zugleich beweist es, daß dieselben „maßgebenden" Kreise, die durch erkaufte Preßkosaken die Sozialdemokratie der Absicht des gewalttätigen Verfassungsbruchs beschuldigen lassen, selbst einen skrupellosen Verfassungsbruch planen, falls es ihnen scheinen sollte, daß ihre Herrschaft durch irgend welches unruhiges Verhalten des Volkes in Frage gestellt werden könnte; denn die in dem Dokument enthaltene Anweisung, daß im Falle eines Ausbruchs öffentlicher Unruhen nicht nur ohne weiteres die Redakteure der „aufrührerische Tendenzen" verfolgenden Blätter, sondern auch alle sonst den Machthabern verdächtig und gefährlich erscheinende Personen ohne Rücksicht auf ihre durch die Verfassung festgelegte Immunität als Reichstagsabgeordnete verhaftet und von den Militärbehörden in „Sicherheit" gebracht werden sollen, bedeutet nichts anderes als einen bewußten Bruch der Reichsverfassung.

Für das Ansehen der preußisch-deutschen Regierung im Auslande bedeutet die Veröffentlichung dieses Schriftstücks einen schweren Schlag. Mag immerhin die reaktionäre deutsche Presse die weise Vorsicht und die Energie loben, mit der sich die Regierung auf einen Zusammenstoß mit dem eigenen Volke und dessen Bändigung durch Artillerie und Maschinengewehre vorbereitet, das Ausland wird in dieser zärtlichen Vorbereitung nur das Zugeständnis sehen, daß die Regierung selbst fühlt, wie sehr sie im Gegensatz zu der breiten Volksmasse steht. Und tatsächlich enthält das Schriftstück nicht nur dieses Zugeständnis, sondern zugleich das Bewußtsein der eigenen Schwäche, denn eine Regierung, die sich stark weiß, braucht solche im einzelnen ausgearbeitete Maßnahmen nicht zu treffen, vor allem nicht die Regierung des größten Polizei- und Militärstaates der Welt. Die Militärbehörden müssen zum Teil selbst nicht mehr ihren Truppen trauen. Eine Tatsache, für die auch der Satz spricht: „Abwarten bringt auch den Geist der besten Truppen ins Wanken!"

Für die Führer der deutschen Arbeiterbewegung bedeutet übrigens dieses infame Dokument keine Ueberraschung; sie halten längst die in Deutschland herrschende Junkerclique jeder Schandtat fähig. Die militärischen Anweisungen zum Verfassungsbruch schrecken sie deshalb auch durchaus nicht. Sie und die Arbeiterklasse gehen ihren Weg.

Die Drohungen der Metallindustriellen.

Es besteht ja eine Aussicht, daß es bei den dreisten Drohungen der Metallindustriellen bewenden und daß der Riesenkampf noch vermieden wird. Die gebieterischen Herrschaften werden es sich wohl selbst noch reiflich überlegen, ehe sie ihre Provokationen wahr machen und einen Kampf von unübersehbarer Tragweite herbeiführen. Man darf erwarten, daß sie bei den bevorstehenden Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvorständen etwas kleinlauter auftreten werden und daß die Möglichkeit eines Friedensschlusses für die Seewerften und damit die Verhütung der großen Aussperrung gegeben bleibt.

Jedenfalls ist das jetzige Auftreten der Metallkapitalisten höchst bezeichnend für die Gesinnungen und Herzenswünsche dieser Leute. Zu einem Mitarbeiter des B. T. hat sich Kommerzienrat Ernst von Borsig, der Vorsitzende des Verbandes der Berliner Metallindustriellen, wie folgt über die Ursachen und Wirkungen der geplanten Aussperrung ausgesprochen:

„Die direkte Ursache der Riesenaussperrung ist der Werftarbeiterstreik in Hamburg. Da die Werftarbeiter bisher keine Neigung zum Nachgeben gezeigt haben, hat sich der Verband der Werften, der auch dem Gesamtverband der Metallindustriellen angehört, an diesen mit der Bitte um Unterstützung gewendet. Dieser Bitte ist der Gesamtverband um so eher nachgekommen, als im Bereiche der einzelnen Zweigverbände für die streikenden Hamburger Werftarbeiter große Geldbeträge gesammelt wurden. Allein von Berlin ist eine ungeheure Summe Geldes aufgebracht worden. Den Vereinigten Metallindustriellen mußte daran liegen, den Arbeitern zu zeigen, daß auch unter ihnen Einigkeit und Solidarität vorhanden ist. Ich halte den Beschluß der Aussperrung von 60 Prozent aller Metallarbeiter für richtig und durchaus notwendig. Bemerken will ich, daß die Aussperrungsbeschlüsse in Berlin und auch im gesamten Verbande einstimmig gefaßt worden sind. Ausgesperrt werden naturgemäß in erster Linie sozialdemokratisch organisierte Arbeiter und die Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die sich mit ihnen solidarisch erklärt haben. Die nationalen und die nichtorganisierten Arbeiter sollen möglichst verschont werden.

Die Aussperrung ist lediglich eine Machtfrage oder besser gesagt, eine Geldfrage. Der **Gesamtverband der Metallindustriellen beabsichtigt, durch die Riesenaussperrung die Gewerkschaftskassen zu leeren.** Daß die vorhandenen Geldmittel nicht weit reichen können, folgt daraus, daß 420 000 Arbeiter von der Aussperrung betroffen werden. Es ist auch anzunehmen, daß die Arbeiter weit eher zum Nachgeben und zur Aufgabe ihrer unberechtigten Forderungen bereit sein werden, wenn die Mittel erschöpft sind. Naturgemäß wird die Aussperrung auch schwere wirtschaftliche Folgen zeitigen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden großen Schaden erleiden. Trotzdem müssen wir, um einmal Rückgrat zu zeigen, so handeln, wie wir es getan haben. Ich hoffe immer noch, daß die Verhandlungen am Montag eine Verständigung herbeiführen werden."

Herr v. Borsig erklärt den Aussperrungsbeschluß für richtig und notwendig. Er sieht selbst die schweren wirtschaftlichen Schädigungen, — aber man müsse „einmal Rückgrat zeigen". Was soll dies aber in diesem Falle bedeuten? Die Metallindustriellen sind wütend, daß es ihren Kollegen von den Seewerften nicht gelingt, ihre Arbeiter zu demütigen, und daß die deutschen Metallarbeiter ihren kämpfenden Kameraden finanzielle Hilfe bringen. Darum soll es dahin kommen, daß hunderttausende Arbeiter aufs Pflaster geworfen und die schwersten Schädigungen des gesamten deutschen Wirtschaftslebens verursacht werden.

Herr v. Borsig hat auch deutlich genug verraten, worauf es dem Unternehmertum ankommt. Sie wollen die Gewerkschaftskasse bankrott machen. Sie wollen also zwei Ziele mit einem Schlage erreichen, sie wollen es für die Zukunft den Metallarbeitern unmöglich machen, daß sie aus Sympathie für kämpfende Kameraden Beihilfe spenden, und sie wollen zugleich den Metallarbeiterverband überhaupt lahmlegen.

Bei alledem rechnet jedoch das gewalttätige Unternehmertum nicht mit dem Opfermut der Arbeiterschaft! Die deutschen Gewerkschaften haben schon gegen manchen Willkürstreich mit Erfolg gekämpft. Sie haben erst im letzten Frühjahr im Baugewerbe den Uebermut der „Herren im Hause" gezügelt. Sie würden auch Mittel und Wege finden, um den Scharfmachern der Metallindustrie erfolgreichen Widerstand zu bieten.

Uebrigens hofft auch Herr v. Borsig noch auf eine Verständigung. Es ist deutlich, daß die Metallunternehmer bei all ihren Drohungen doch Furcht davor haben, ihre Ankündigungen verwirklichen zu sollen. Sie wissen wohl, wie viel für sie selbst auf dem Spiele steht!

Sächsische Fabrikinspektion 1909.

3. Die Existenzverhältnisse der Arbeiter.

Im letzten Artikel wurde gezeigt, wie in der Zeit der Krise die Schrecken der Arbeitslosigkeit durch Hinausdrängen der erwachsenen männlichen Arbeiter und ihre Ersetzung durch weibliche Arbeitskräfte noch verschärft wurden. Unter solchen Verhältnissen kann die wirtschaftliche Lage der Arbeiter keine günstige sein, zumal Betriebseinschränkungen und Lohnkürzungen mit der Lebensmittelverteurung einhergingen. Schon im Jahre 1908 hatten sich die Existenzverhältnisse der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100924/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG